

Das Leid der Sinti und Roma im Norden

Flensburger Historiker erforschen die Verfolgung der Minderheit im Dritten Reich. Was sie über die Täter herausgefunden haben, kann man jetzt kostenlos in einer umfangreichen Studie nachlesen.

Kay Müller

FLensburg/KIEL Es ist 5 Uhr früh, als Polizisten Heinrich an jenem 15. Juni 1938 auf dem Wohnwagenplatz in der Ziegelstraße in Lübeck wecken und ihn aufs Revier mitnehmen. Begründung: Er sei als „arbeitsscheu“ bekannt. Der ehemalige Frontsoldat erklärt, er sei im Ersten Weltkrieg verschüttet worden, habe ein Herzleiden – das ihm nach 1945 auch attestiert wird – und könne deshalb nur kleine Jobs machen. Doch die Nazi-Behörden glauben ihm nicht und deportieren ihn ins Konzentrationslager Sachsenhausen.

Heinrich ist nur eines von vielen Einzelschicksalen, die der Flensburger Historiker Marc Buggeln und seine Mitarbeiter Sebastian Lotto-Kusche und Melanie Richter-Oertel in den vergangenen zwei Jahren für ihre quellenreiche Studie „Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein“ recherchiert haben, die sie im Auftrag des Landtags erstellten. Auf 541 Seiten erklären die Historiker genau, wie die Verfolgung der Minderheit im Dritten Reich im Norden vonstatten ging. Wie Heinrich nennen sie auch alle anderen Opfer aus Gründen des Datenschutzes nur beim Vornamen.

Sein Schicksal zeigt exemplarisch, was Sinti und Roma in der NS-Zeit erleiden mussten. Und: „Die Untersuchung kann zum ersten Mal eine größere Zahl von Tätern in der Polizei in Schleswig-Holstein – insbesondere in den Großstädten Kiel und Lübeck – mit Namen und Berufsbiografien benennen, die für die Verfolgung der Minderheit eine Schlüsselrolle spielten“, steht im Fazit der Studie.

Die Täter sind oft ältere Beamte

„Gruppenbiografische Befunde dieser Tätergruppe zeigen, dass es vornehmlich Beamte waren, die schon im Kaiserreich oder in der frühen Weimarer Republik in den Polizeidienst eintraten und die sich an alle politischen Systeme anzupassen wussten“, sagt Buggeln. „Unter den Polizeibeamten war mit Rudolf Hannig mindestens ein Polizeibeamter, der nach 1945 eine herausragende Karriere machen sollte: Er wurde erster Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes, aus dem später

das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein hervorging.“ Hannig ist Teil eines Systems, dessen Mitglieder die als „Zigeuner“ diffamierten und oft nicht an einem Ort lebenden Menschen zunächst verhaften und dann in Lager bringen. Etwa 500 Sinti und Roma leben bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein. Nach Verhaftungen und Umsiedlungen ziehen viele von ihnen nach Hamburg oder Bremen, sagt Buggeln. Die übrigen werden im Mai 1940 ins besetzte Polen deportiert, wo bis zu 45 Prozent der Verschleppten umkommen. „Damit liegt die Todesrate deutlich über der anderer Zwangsarbeiter“, sagt der Historiker.

Während des Kriegs wird der Großteil der noch in Deutschland verbliebenen Sinti und Roma ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert und ermordet. Wer den Krieg überlebt, kämpft nach 1945 oft um eine Entschädigung: „Doch auch wenn 81 Prozent aller Antragstellenden in Schleswig-Holstein zumindest einen Teilanspruch geltend machen konnten, so mussten sie dafür oft lange kämpfen und erhielten häufig nur geringe Summen zugesprochen.“

Ein beachtliches und vor allem ein wegweisendes Werk

Landtagspräsidentin Kristina Herbst ist beeindruckt von der Studie. „Das ist ein beachtliches und vor allem ein wegweisendes Werk“, sagt die CDU-Politikerin. Die fünf biografischen Interviews, die Buggeln und seine Mitarbeiter geführt haben, zeigten, wie sehr die Verfol-

gung im Nationalsozialismus und das verbundene Leid in den Familien noch immer nachwirke. „Mit den vorliegenden Forschungsergebnissen haben wir eine wichtige Grundlage erhalten, um uns noch intensiver mit der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein zu befassen“, sagt Herbst und sieht die Studie auch als ein Mittel, um in Schulen auf Rassismus und Antiziganismus hinzuweisen.

Denn Buggeln und sein Team haben auch nachgewiesen: In Zeitungsberichten über Sinti und Ro-

ma im Norden war noch bis Ende des 20. Jahrhunderts zu drei Vierteln von „kriminellen Machenschaften die Rede“, zu einem Viertel von „romantisch kulturellen Darstellungen“. Für Buggeln ist die Erzählung kein Widerspruch und klar: „Hier soll ein Bild transportiert werden: Die sind kriminell und anders als die anderen.“

Eben das sei die Grundlage für die massive Verfolgung der Minderheit in Schleswig-Holstein, die jahrhundertlang ist, und die sich im Nationalsozialismus zuspitzte. Eine Ver-

folgung, die auch Heinrich am eigenen Leib spürte. Der bei seiner Verhaftung 44-Jährige überlebt mit Glück den Krieg und die Gewaltherrschaft, obwohl er als „Zigeunermischling“ eingestuft ist.

Nach Kriegsende lebt er in einem Wohnwagen in Lübeck und kämpft um eine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus und um eine Entschädigung. Er bekommt erst rund 10.000 Mark zugestanden und soll sie dann wieder zurückzahlen, weil er angeblich falsche Angaben über seine Verfolgung gemacht hat. „Bevor über die Rückforderung entschieden werden konnte, verstarb Heinrich am 22. Juli 1958“, schreibt Buggeln.

Nicht umsonst hat der Historiker Heinrich als ein Beispiel für viele Verfolgte genommen, denen er mit seinem Buch eine Stimme gegeben hat. Und dennoch, schreibt der Historiker: „Wir lernen sein Leben etwas kennen, aber ein behördlicher Schleier liegt dennoch zwischen den gewonnenen Erkenntnissen und der Person Heinrichs.“ Und der wird wohl immer verhindern, dass man das Leid, das die Verfolgten im Dritten Reich erlebt haben, wirklich begreifen kann.

► Die Studie ist hier kostenlos erhältlich: bit.ly/4qQhezC



Die Deportierten mussten Panzergräben ausheben, die militärisch völlig sinnlos waren (oben) und wurden zu unmenschlichen Arbeitseinsätzen gezwungen (unten). Fotos: Janusz-Peter-Regional-Museum Tomaszów Lubelski



Präsentierten die Studie: Marc Buggeln und Kristina Herbst.

Beirat begleitet die Studie

Das Forschungsprojekt wurde von einem Beirat unter Leitung der Landtagsabgeordneten Birte Pauls (SPD) begleitet. Neben ihr gehörten dem Gremium die Parlamentarier Uta Wenzel (CDU), Eka von Kalben (Grüne), Heiner Garg (FDP) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) sowie Vertreter des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma und der Sinti Union Schleswig-Holstein an. Die Studie hat rund 200.000 Euro gekostet.